

Mit Einheitskrankenkasse zum Systemwechsel

Eine links-grüne Zwängerei

Vor drei Jahren haben Volk und Stände einen Wechsel von den Kopfprämien zu einkommensabhängigen Prämien in der Krankenversicherung wuchtig verworfen. Jetzt stellen sich SP und Grüne erneut hinter ein Volksbegehren mit letztlich ähnlicher Ausrichtung.

es. Manche Leute sind unbelehrbar. Deshalb wird sich am Montag zu Beginn der Sondersession der Nationalrat als Erstrat mit einem Systemwechsel in der Krankenversicherung befassen müssen, der nach dem wuchtigen Nein von Volk und Ständen vor drei Jahren eigentlich für längere Zeit als erledigt hätte gelten müssen. Damals erlitt die SP mit 73 Prozent Nein-Anteilen zu ihrer Gesundheitsinitiative eine empfindliche Niederlage. Nicht einmal in den teuren Kantonen der Westschweiz wurde dem Begehren zugestimmt. Mit der Initiative wollte die SP die Kopfprämien der Krankenversicherung durch eine Finanzierung über einkommens- sowie vermögensabhängige Prämien und Mehrwertsteuerprozente ersetzen.

Anfänglich gezögert

Nach der wuchtigen Abfuhr im Mai 2003 vergingen aber nur knapp zehn Tage, und schon meldete das im links-grünen Lager anzusiedelnde

Mouvement Populaire des Familles eine neue Krankenkasseninitiative mit gleicher Stossrichtung an. Nur drei Wochen nach dem Fiasko begannen die Initianten mit der Unterschriftensammlung. Diese neue Initiative forderte eine Einheitskasse für die obligatorische Grundversicherung, wobei die Prämien nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten festzulegen seien. Die erforderlichen Unterschriften zu dem neuen Krankenversicherungsbegehren wurden im Dezember 2004 eingereicht.

Cavalli gegen Brunner

Klar hinter ihm stehen die Grünen, die sich als mitlancierende Partei verstehen. Doch auch die Sozialdemokraten machen die Einheitskrankenkassen-Initiative heute zu ihrer Sache. Das war nicht von Anfang an so. Im Mai 2003 wandte sich Parteipräsidentin Christiane Brunner nach dem Abstimmungsdebakel noch gegen ein solches erneutes Abenteuer der SP. Ihr Parteikollege, der Tessiner Gesundheitspolitiker Franco Cavalli, jedoch war ganz anderer Ansicht. Er kündigte zur Verärgerung der damaligen Präsidentin noch am Abstimmungsabend einen erneuten Effort für einen Systemwechsel an. Dazu kam ihm die Initiative gerade recht. Die SP-Geschäftsleitung folgte aber vorerst ihrer Präsidentin. Auch die Delegierten sprachen sich Ende Juni noch für

eine Vertagung der Sache aus. Doch bereits im Dezember war der Gesinnungswandel vollzogen, und die Delegiertenversammlung erteilte der Geschäftsleitung grünes Licht für die Absicht, die Initiative für eine Einheitskasse mit einkommens- und vermögensabhängigen Prämien zumindest politisch zu unterstützen.

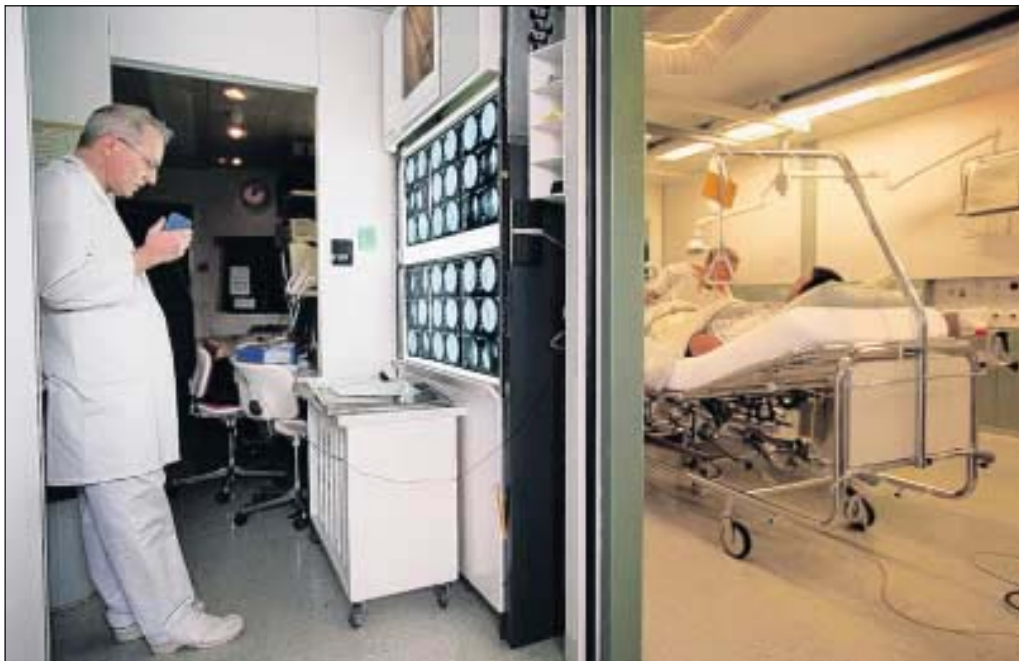
Gefahr eines Systemwechsels

Ausser bei den Sozialdemokraten und den Grünen fällt die Idee der Einführung einer Einheitskasse auf wenig fruchtbaren Boden. Die Freisinnigen warnten davor, dass eine Einheitskasse zu einer Nivellierung der Prämien nach oben führen kann bei gleichzeitiger Gefahr einer Qualitätseinbusse in der Gesundheitsversorgung. Der Bundesrat verweist auf den fundamentalen Kurswechsel, den die Einführung einer Einheitskasse in der Grundversicherung bedeuten würde. Er sieht in einem System mit einer ansehnlichen Zahl von Krankenversicherern, die untereinander in einem Wettbewerb stehen, einen klaren Vorteil gegenüber einer Kasse mit Monopolstellung.

Für nicht zweckdienlich erachtet er eine Umstellung auf einkommens- und vermögensabhängige Prämien. Das heutige System mit Kopfprämien, verbunden mit der soziale Härten abfedernden Prämienverbilligung, ist der in der Initiative vorgeschlagenen Finanzierung überlegen. Es erlaubt den Einbau von Anreizen zu kostensparendem Verhalten.

Ähnlich befürchtet eine Mehrheit der nationalrätlichen Gesundheitskommission von 15 zu 10 Stimmen, dass eine Einheitskasse mit einkommensabhängigen Prämien Anstrengungen zur Kostendämpfung zunichte machen würde. Bundesrat und Nationalratskommission lehnen die Initiative denn auch ab und verzichten gleichzeitig auf einen direkten Gegenvorschlag. Sie wollen auf dem Weg der kleinen Schritte fortfahren und so zu einer Reform der Krankenversicherung (KVG) gelangen.

So richtig dies ist, darf nicht übersehen werden, dass die Unzufriedenheit über unaufhörlich wachsende Gesundheitskosten und damit stetig steigende Krankenversicherungsprämien ein Nährboden für überlegte Protestvoten gegen die Krankenversicherer sein können. Wenn dann noch unklare Positionsbezüge in kleineren Fraktionen, wie jener von EVP und EDU, dazukommen, schrumpft der Vorsprung der Gegner eines Systemwechsels, der vor drei Jahren mit über 70 Prozent noch komfortabel hoch war. Dagegen nützen allein unmissverständliche Stellungnahmen und eine klare Kommunikation der bereits vollzogenen und noch geplanten Reformschritte innerhalb der geltenden Ordnung.



GAËTAN BALLY / KEYSTONE

Ob einkommensabhängige Prämien und eine Einheitskasse Kosten senken können, ist mehr als offen.